

Thomas Schwarz

Das Parteiensystem in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen

Wichtige Eigenschaft eines Parteiensystems ist Grad der Zersplitterung

Ein Parteiensystem ist definiert durch die einzelnen Parteien und dem zwischen ihnen existierenden Beziehungsgeflecht. Die Politikwissenschaft unterscheidet hinsichtlich der Eigenschaften von Parteiensystemen zwei Dimensionen: die Regierungsdimension (Abschottung der Parteien untereinander in Bezug auf Koalitionen und Regierungsstabilität) und die Wahldimension. Hat man die Wahleigenschaften eines Parteiensystems im Visier, und um diese geht es in folgendem Beitrag ausschließlich, dann ist eine wichtige Eigenschaft eines Parteiensystems der Grad der Zersplitterung oder, je nach Blickwinkel, der Grad der Konzentration der Parteien.

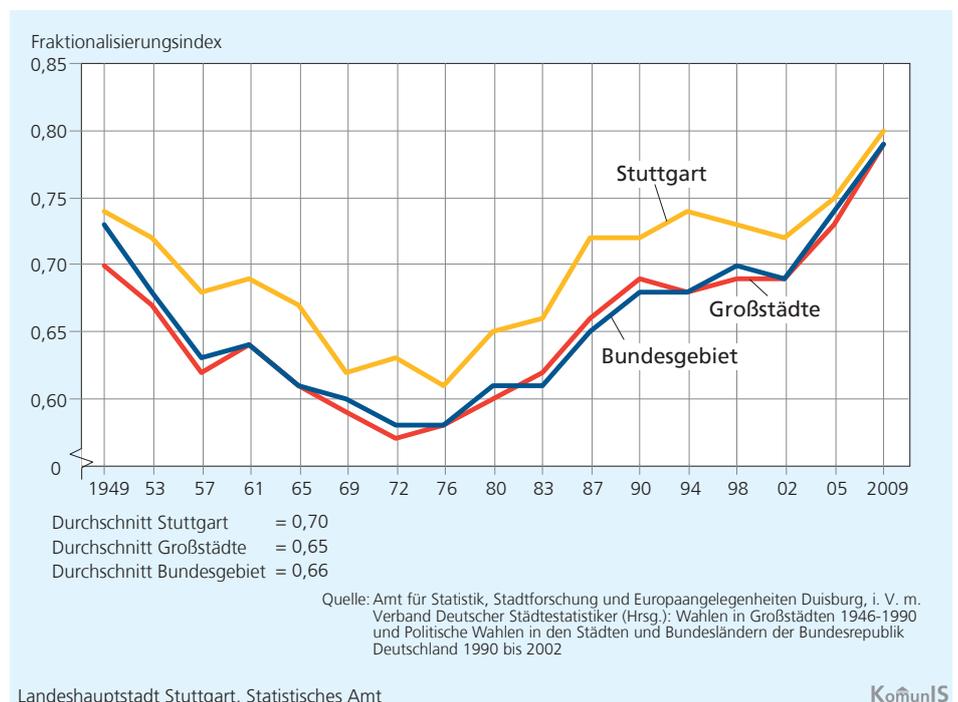
Zur Operationalisierung dieser Eigenschaft bietet sich der Index der **Fraktionalisierung** (F) nach Rae an. Er beinhaltet Informationen über die Anzahl der Parteien innerhalb des Parteiensystems und über die relative Gleichheit ihrer Stimmenanteile. Der Index ist normiert und deckt deshalb einen Wertebereich von 0 bis 1 ab, wobei F einen Wert von 0 in einem Einparteiensystem annehmen würde, hingegen einen Wert von 1 erreicht, wenn – rein hypothetisch – jeder Wähler seine eigene Partei gewählt hätte.

Weitere Parameter, die Parteiensysteme und ihre Entwicklung beschreiben, sind: Wer ist die führende Partei in der Parteienhierarchie und welche Anteile an den Wählerstimmen kann diese einnehmen? Wie groß ist die Bindungskraft der zwei stärksten Parteien, also die addierten Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD?

Entwicklungslinien des deutschen Parteiensystems

Ausgehend von der Betrachtung der nationalen Ebene lässt sich das Parteiensystem seit Kriegsende in fünf Hauptphasen unterteilen.

Abbildung 1: Fraktionalisierung des Parteiensystems in Deutschland seit 1949



1949 bis 1969

Dominanz der Union

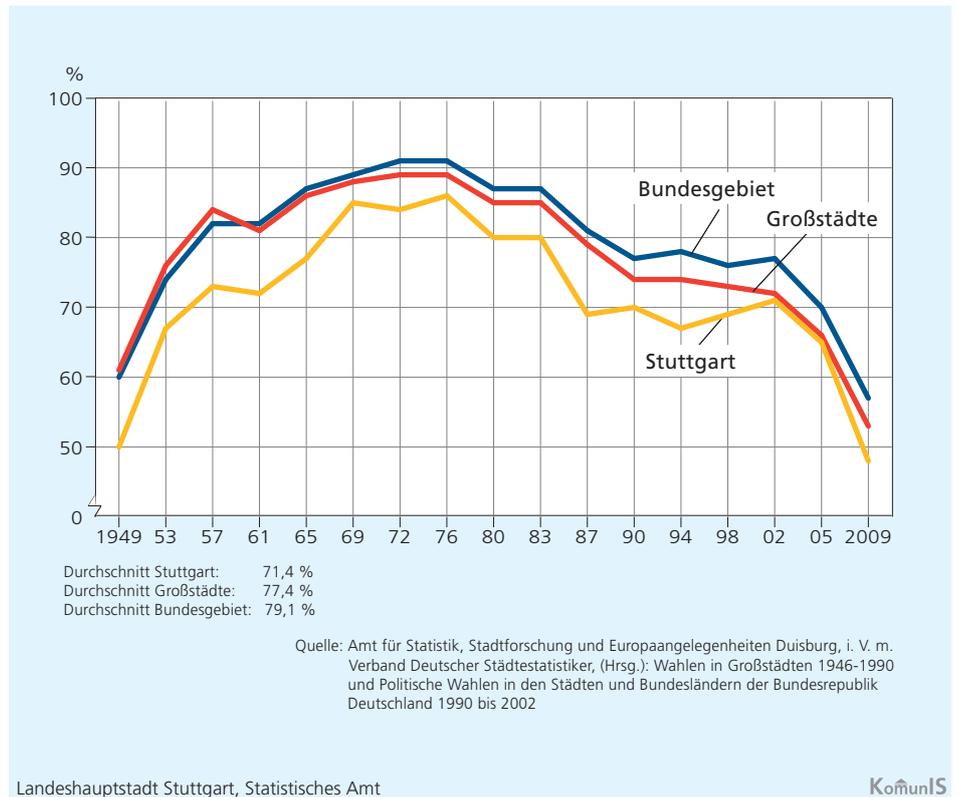
Die **erste Phase** war bestimmt durch die Dominanz der Unionsparteien. Noch wies das Parteiensystem 1949 eine hohe Zersplitterung auf (vgl. Abbildung 1), ohne allerdings Befürchtungen der Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse (F größer als 0,80) Nahrung zu geben. Doch schon mit der Bundestagswahl 1953 setzte eine Parteenkonzentration ein. In einem stetigen Konzentrationsprozess zugunsten der Unionsparteien und mit einigen zeitlichen Abständen der SPD wurden Kleinparteien aufgesogen oder zur Bedeutungslosigkeit degradiert oder, wie im Falle der SRP und der KPD, aufgrund verfassungswidrigen Verhaltens verboten. Ab 1961 setzte sich der Bundestag nur aus drei Parteien zusammen (CDU/CSU, SPD, FDP).

1969 bis 1983

SPD Nr. 1 in den Großstädten; Hochphase der zwei großen Volksparteien

Die **zweite Phase** war durch ein Übergewicht der SPD gekennzeichnet, obwohl nur bei der Bundestagswahl 1972 die SPD auf Bundesebene mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als die CDU. Es war dies zugleich die unangefochtene Hochphase der etablierten Volksparteien (vgl. Abbildung 2). 1972 beteiligten sich nur sieben Parteien an der Bundestagswahl (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 2: Bindungskraft CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen seit 1949

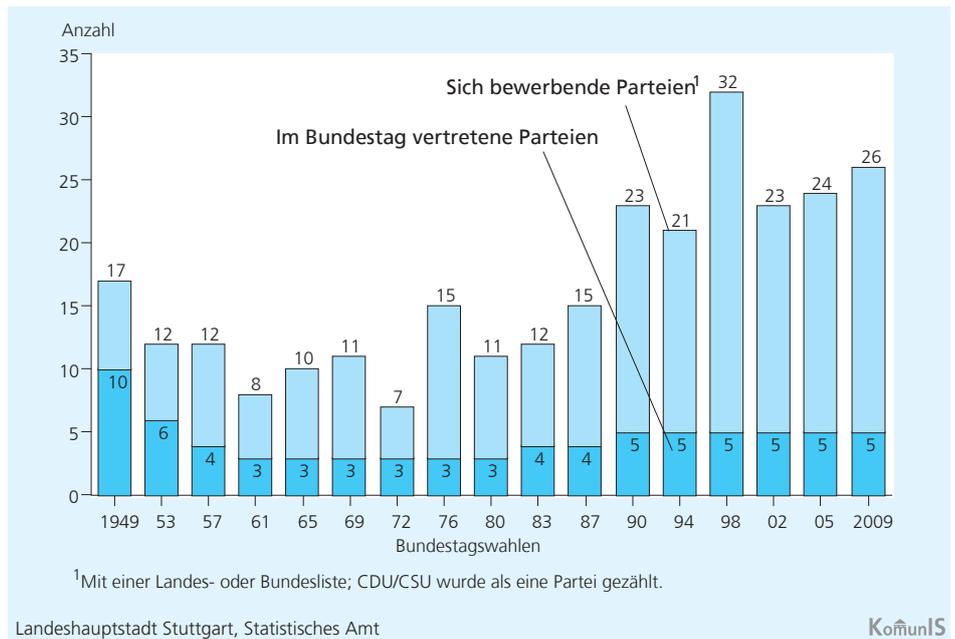


1983 bis 1998

Die GRÜNEN erweitern das Parteiensystem

Die **dritte Phase** ist wiederum durch eine Dominanz der Unionsparteien geprägt. Gleichwohl begannen sich die Vorzeichen für beide Volksparteien, zunächst eher verdeckt, zu wandeln. Anfang der 80er-Jahre setzte der Aufstieg der GRÜNEN ein, somit bestand der Bundestag ab 1983 erstmals wieder aus mehr als drei Parteien. Von Wahl zu Wahl kandidierten mehr Splitterparteien – all dies bewirkte eine Schrumpfung der Wählerbasis der Volksparteien. Aus einem Zweieinhalb-Parteiensystem¹ entstand ein „Zweiblöckesystem“ (Eckhard Jesse): Schwarz-Gelb versus Rot-Grün. Anfang der 90er-Jahre brachte die deutsche Einheit einen weiteren gravierenden Einschnitt mit einem eigenständigen Wahlverhalten der neuen Bun-

Abbildung 3: Kandidierende Parteien und im Bundestag vertretene Parteien 1949 bis 2009



desländer. Dem Bundestag gehörte mit der PDS nun eine fünfte Partei an. Zugleich geht, beginnend in dieser Phase, die zuvor (im internationalen Vergleich) extrem hohe Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen zurück.

1998 bis 2005

Mit der Bundestagswahl 1998 (Phase vier), dem Ende der Ära Helmut Kohl und dem Regierungswechsel zu Rot-Grün (Schröder/Fischer), setzte sich die SPD erstmals seit 1972 wieder an die Spitze der Parteienrangfolge im Bund. Die GRÜNEN, als Protestpartei gegründet, waren im politischen Establishment angekommen.

Ab 2005

Bereits 2005 gelang es der CDU/CSU wieder zur Regierungspartei zu werden, zunächst in einer Großen Koalition und seit 2009 in einer schwarz-gelben Koalition (fünfte Phase). Freilich, die Abnahme der Bindungskraft der zwei großen Parteien erfährt jetzt eine deutliche Beschleunigung. Die SPD erreichte 2009 ihren tiefsten Stand seit 1949 und die Union seit 1953. Seit der Bundestagswahl 2005 existiert ein asymmetrisches „fluides Fünf-Parteiensystem“ (Oskar Niedermayer) dadurch, dass sich die Linkspartei² auch in den alten Bundesländern etablierte und zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz im linken politischen Spektrum wurde.

Parallel dazu stieg die Auffächerung des Parteiensystem auf immer neue Höchstwerte an (vgl. Abbildung 1). Mit der Expansion der GRÜNEN und später der Linkspartei geriet die SPD durch diese neuen Konkurrenten zunehmend unter Druck, andererseits dominierte das linke politische Lager (SPD, GRÜNE, LINKE), das zusammen mehr als die Hälfte der Wähleranteile bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2005 erreichte.

Das Parteiensystem der Großstädte

Wie stellt sich das Parteiensystem in den deutschen Großstädten dar? Welche Entwicklungen sind hier zu verzeichnen? Schneiden die Parteien in den Großstädten anders ab als im Bund? Ausgewählt wurden die 15 größten deutschen Städte, die alle über 500 000 Einwohner (außer Duisburg³) haben und insgesamt knapp 16 Prozent der Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen (2009: 15,6 %; Wähler: 15,5 %) repräsentieren.

230

SPD wird wieder zur Nr. 1 im Bund

Schwarz-Gelb regiert; ein „fluides Fünf-Parteiensystem“ entsteht

Die Entwicklung in den 15 größten deutschen Städten

Das Parteiensystem in den Großstädten ist nicht aufgefächerter als im Bund

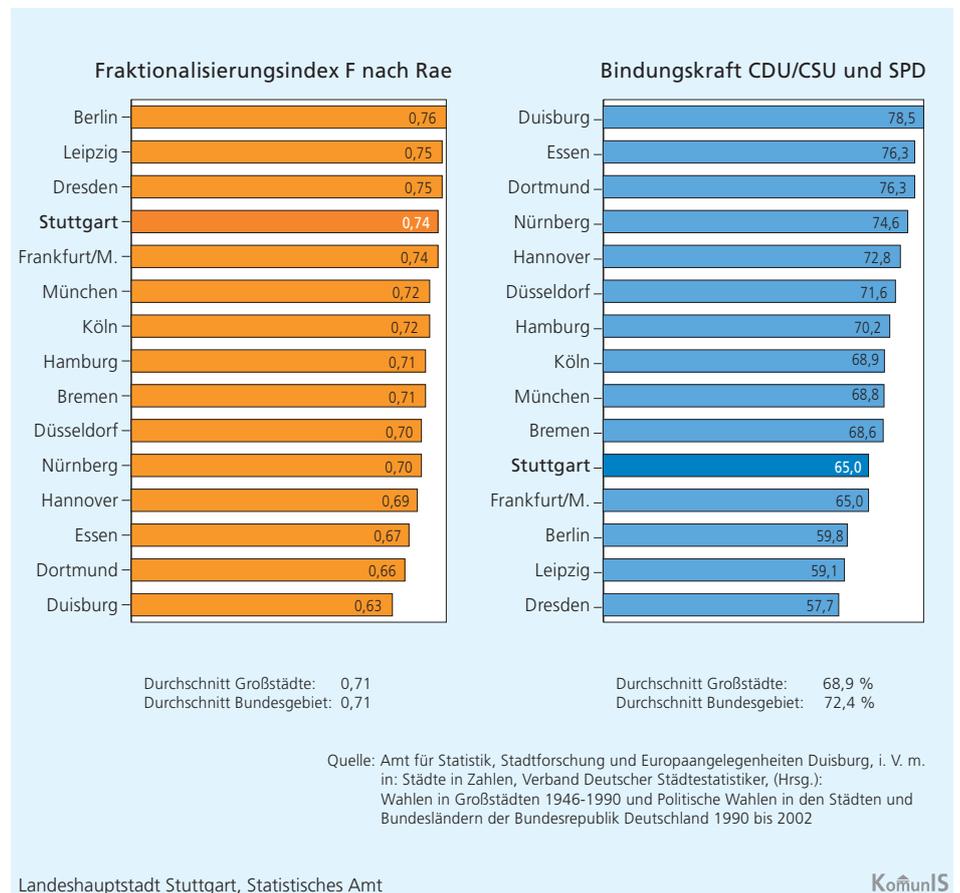
Die Entwicklungslinien des bundesdeutschen Parteiensystems spiegeln sich, was das Ausmaß der Parteienpluralität angeht, grundsätzlich auch in den deutschen Großstädten wider. Im Durchschnitt der betrachteten 15 Großstädte ergibt sich ein beinahe identischer Fraktionalisierungsgrad.

Bemerkenswert sind freilich die beträchtlichen lokalen Unterschiede der Parteiensysteme. Unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen, kulturelle und politische Traditionen führen zu regionalen Variationen der Parteiensysteme.

In Ruhrgebietsstädten ist Parteiensystem am wenigsten, ...

Die geringste Zersplitterung des Parteiensystems (vgl. Abbildung 4) charakterisieren die Ruhrgebietsstädte Duisburg (0,63)⁴, Dortmund (0,66)⁴ und Essen (0,67)⁴ – alleamt traditionelle SPD-Städte. Diesen stehen die Bundeshauptstadt Berlin (0,76)⁴ und die ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig (je 0,75)⁴ mit sehr stark fraktionalisierten Parteiensystemen gegenüber.

Abbildung 4: Fraktionalisierung des Parteiensystems und Bindungskraft CDU/CSU und SPD in deutschen Großstädten 1990/2009



... in Stuttgart und Frankfurt/M. in den alten Bundesländern am stärksten aufgefächert

Auf nahezu gleichem hohen Niveau bewegen sich die Fraktionalisierungsindizes von Stuttgart und Frankfurt/M., gefolgt von München und Köln.

Auffällig ist freilich der zuletzt bei der Bundestagswahl 2009 feststellbare Anstieg der Zersplitterung der Stimmenanteile auch in Städten mit bislang eher weniger aufgefächerten Parteienlandschaften, was einem Nivellierungstrend in der Fraktionalisierung auf höchstem Niveau gleichkommt (vgl. Tabelle 1).

In den Großstädten Bindungskraft etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt

In den Großstädten ist die Bindungskraft der zwei großen Parteien, sieht man einmal von den ersten drei Bundestagswahlen ab, stets etwas geringer als im Bundesdurchschnitt; in der Tendenz sind diese Abstände bei den letzten Wahlgängen leicht gestiegen (ca. 3 bis 4 %-Pkte). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hatten die 15 größten Städte Deutschlands 2009 im Mittel eine um sechs Prozent niedrigere Bindungskraft.

Größere Unterschiede zwischen Großstädten bei Bindungskraft

Allerdings unterscheiden sich auch in diesem Punkt die einzelnen Großstädte zum Teil erheblich voneinander (vgl. Tabelle 2). Die Bindungskraft kann um bis zu 20 Prozentpunkte differieren. Das Muster der Großstädte, das sich schon bei der Auffächerung des Parteiensystems gezeigt hat, bestätigt sich auch bei der Bindungskraft. Die niedrigsten Werte haben die ostdeutschen Städte, Berlin sowie Frankfurt/M. und Stuttgart (vgl. Abbildung 4).

Führende Partei

In den 50er-Jahren war Union, in den 60er- und 70er-Jahren SPD führende Partei in Großstädten

War die Union in den 50er-Jahren noch in den meisten bundesdeutschen Großstädten stärkste Partei, gelang es der SPD in den 60er-Jahren für zwei Jahrzehnte fast überall zur Nr. 1 in den Großstädten zu werden (vgl. Karten 1 und 2). Erst 1983 vermochte die Union, was die CSU in München bereits 1976 schaffte, auf breiter Front in die SPD-Phalanx in den Großstädten einzudringen und bis 1998 in den ostdeutschen Städten Dresden und Leipzig sowie in Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt/M. stärkste Partei zu werden.

2009 CDU/CSU in 8 von 15 Großstädten Nr. 1

An diese Entwicklung konnte dann 2009 angeknüpft werden, zusätzlich kletterte die CDU in Hamburg, Köln und Düsseldorf an die erste Stelle in der Parteienhierarchie. Während dies in Hamburg noch bei keiner Bundestagswahl nach dem Krieg vorgekommen war, waren Köln und Düsseldorf ursprünglich in den ersten beiden Nachkriegsdekaden CDU-Städte, in denen erst ab 1965 beziehungsweise 1969 die SPD zur Nr. 1 bei Bundestagswahlen avancierte.

CDU in Großstädten traditionell nur unterdurchschnittlich

CDU erreicht in Großstädten rund ein Fünftel weniger Stimmenanteile

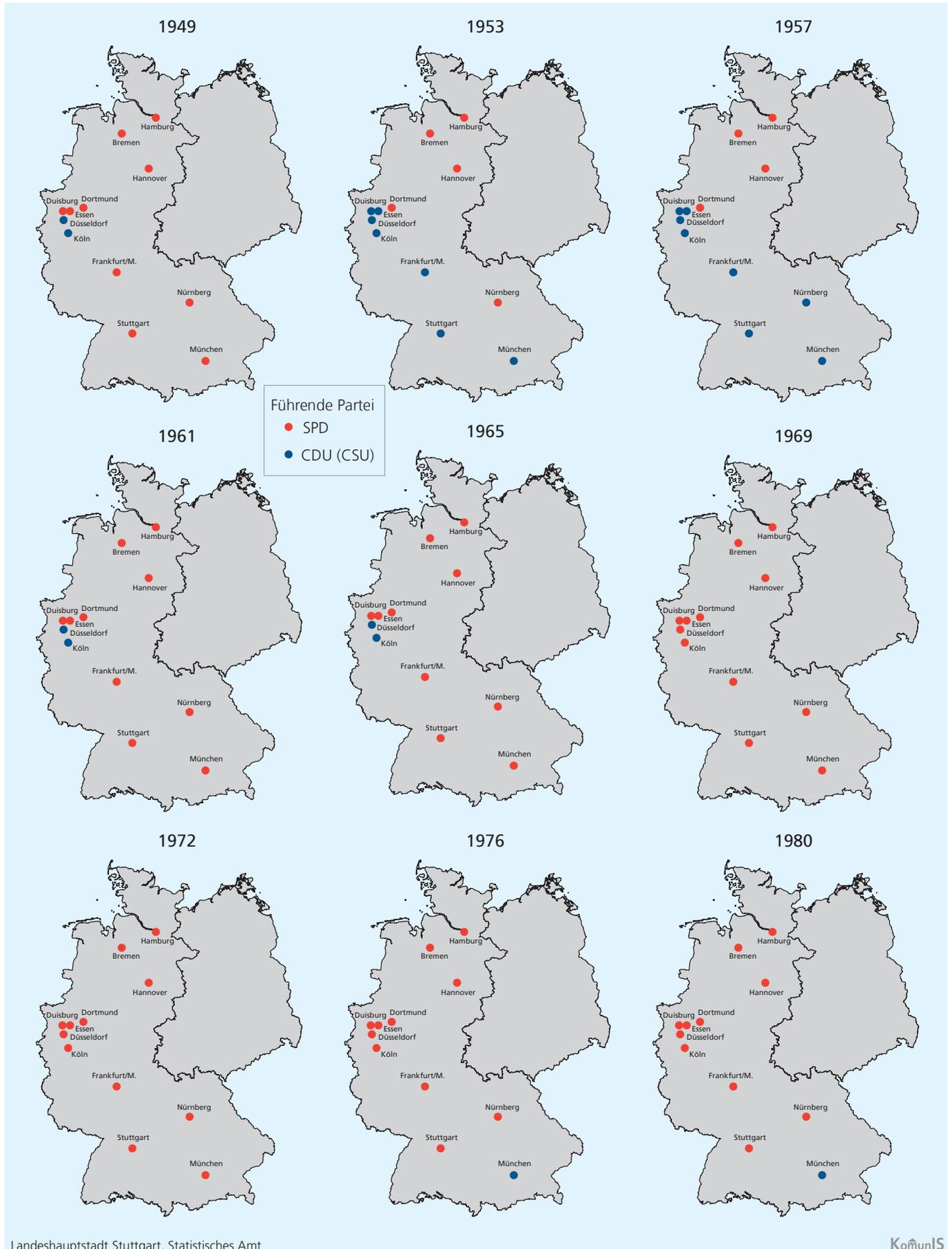
Die CDU/CSU hat in den 15 deutschen Großstädten im Mittel durchweg bei allen 17 Bundestagswahlen niedriger notiert als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 3); in der Hochphase zwischen 1969 und 1983 waren die Großstadtergebnisse zwischen neun und zehn Prozentpunkte niedriger. In den 90er-Jahren schwächte sich der Großstadt-Malus der Union deutlich ab; einen „Rückschlag“ auf das Niveau der 70er-Jahre brachten dann die Bundestagswahlen 2002 und 2005. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 war wieder eine leichte Abschwächung des Großstädtedefizits feststellbar; entgegen dem sonstigen Parteitrend konnte die CDU in Berlin, Bremen, Duisburg, Dresden und Leipzig sogar ihr Ergebnis steigern. Und, erstmals seit der Bundestagswahl 1957 konnte die Union, allerdings nur aufgrund stärkerer Verluste der SPD, in den 15 größten deutschen Städten im Durchschnitt höhere Zweitstimmenanteile erzielen als die SPD.

Bei einer stadtspezifischen Betrachtung des Abschneidens der Unionsparteien bei Bundestagswahlen ist festzuhalten, dass es, von dem überragenden CDU-Ergebnis in Düsseldorf bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1961 abgesehen, bislang nur der CSU in München und Nürnberg bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 gelang, in einer Großstadt das Bundesergebnis zu übertreffen.

CDU/CSU in München, Nürnberg, Dresden und Düsseldorf mit besten Großstadtergebnissen

In München und Nürnberg sowie in Dresden und Düsseldorf schnitten die Unionsparteien in der jüngeren Vergangenheit bei Bundestagswahlen in der Gruppe der 15 größten deutschen Städte regelmäßig am besten ab. Stuttgarts Position schwankte zwischen den Plätzen drei (1998) und sieben (1990); 2009 wurde ein fünfter Platz eingenommen.

Karte 1: Dominanz von CDU (CSU) und SPD in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1949 bis 1980



Karte 2: Dominanz von CDU (CSU) und SPD in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1983 bis 2009

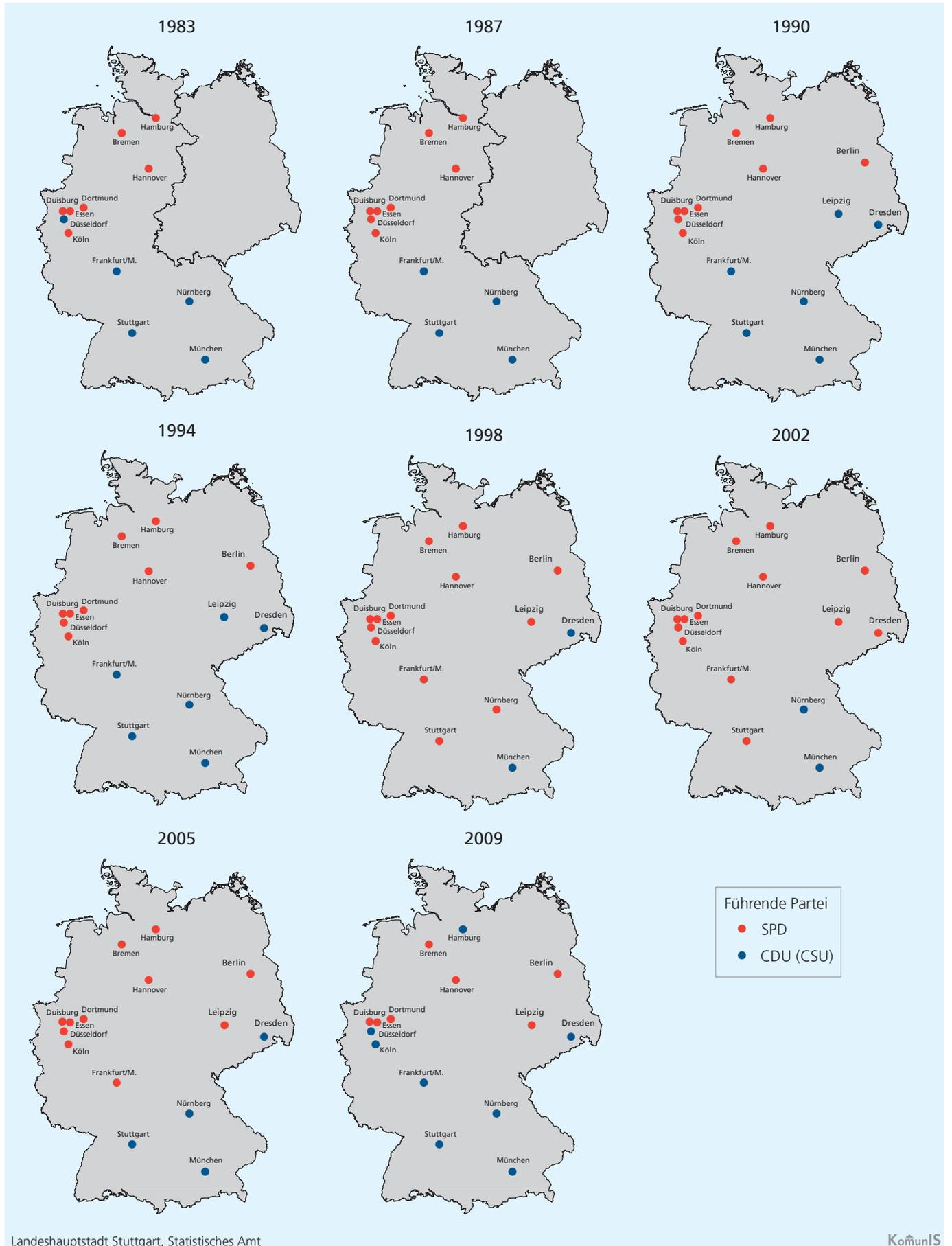
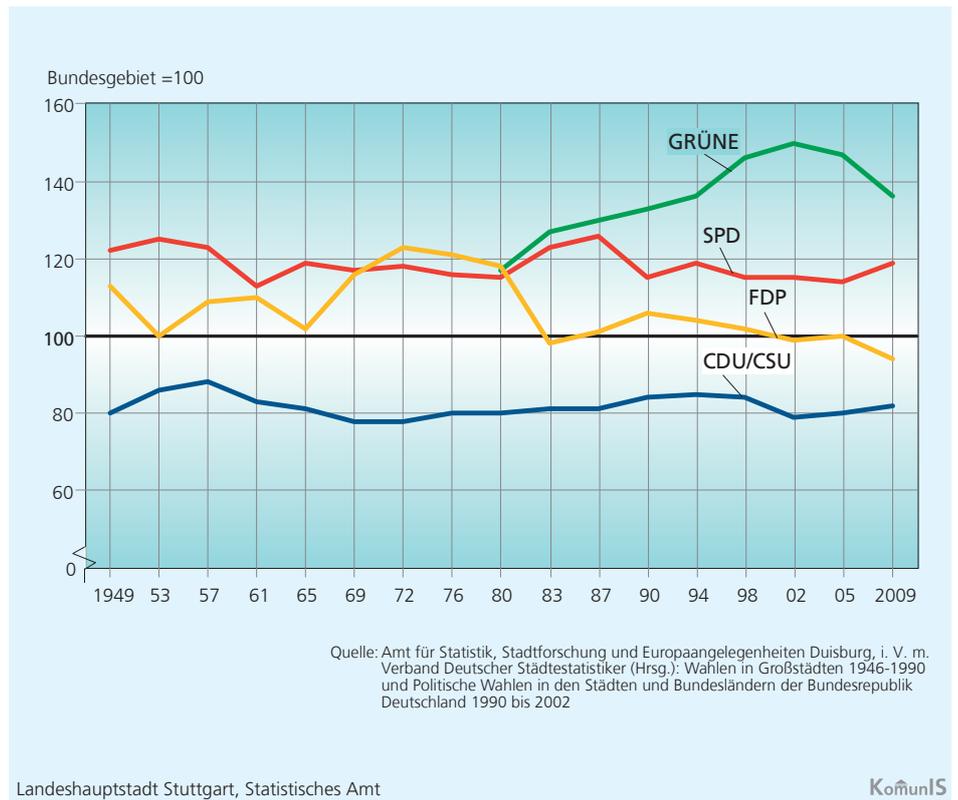


Abbildung 5: Ergebnisse der CDU/CSU, SPD, GRÜNEN und FDP in den Großstädten im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1949



SPD 2009 nicht mehr die Nr. 1 in den Großstädten, aber immer noch eine Großstadt-Partei

Im Unterschied zur Union schnitt die SPD bei allen 17 Bundestagswahlen im Durchschnitt der Großstädte besser ab als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 4); 1969 wurde der Höhepunkt mit einem Plus von 9,3 Prozentpunkten erreicht. Bei den Bundestagswahlen 1969 bis 1976 kam die SPD im Schnitt auf jeweils mehr als die Hälfte aller Stimmenanteile in den deutschen Großstädten.

SPD verlor ihre klassische Dominanz in den Großstädten

Seit Beginn der 90er-Jahre schmolz der Vorsprung in den Großstädten zusammen, zeigte aber seit der Bundestagswahl 2002 wieder aufsteigende Tendenz. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die SPD zuletzt 2009 nur noch ein Viertel (25,5 %) der Wähleranteile in den deutschen Großstädten erreichte, weniger als die CDU (27,8 %). Der Grund stellt zum einen die Konkurrenz der GRÜNEN dar; der einst große, rund 30 Prozentpunkte umfassende Abstand zu den GRÜNEN ist in den Großstädten alles in allem auf ein Drittel zusammengeschrumpft. In Berlin, Dresden, Frankfurt/M. und München ist dieser kaum noch vorhanden; in Stuttgart schoben sich bei der Bundestagswahl 2009 sogar die GRÜNEN erstmals vor die SPD. Speziell in Berlin, Dresden und Leipzig kam die Linkspartei wettbewerbsverschärfend mit über 20 Prozent Wähleranteilen hinzu; in den westdeutschen SPD-Hochburgen setzten der SPD zweistellige Ergebnisse (zwischen 10 und 14 % Zweitstimmenanteile) der LINKEN zu.

SPD-Entwicklung in Düsseldorf, Köln, München und Stuttgart seit 1990 am schlechtesten

In den genannten Städten hat die SPD seit den 90er-Jahren, in München und Stuttgart bereits seit den 80er-Jahren, keinen Großstadtbonus mehr. Gemessen an der Generalentwicklung der SPD-Anteile im Bund und in den Großstädten (über 500 000 Einwohner) wies die SPD in den letzten zwei Dekaden vor allem in Düsseldorf, Köln, München und Stuttgart die schlechteste Entwicklung auf. Das Stuttgart-Ergebnis war dabei das viertschlechteste Großstadt-Ergebnis⁵ der SPD.

GRÜNE mit starker Großstadtprägung

GRÜNE mit ausgesprochenem Großstadtvorteil

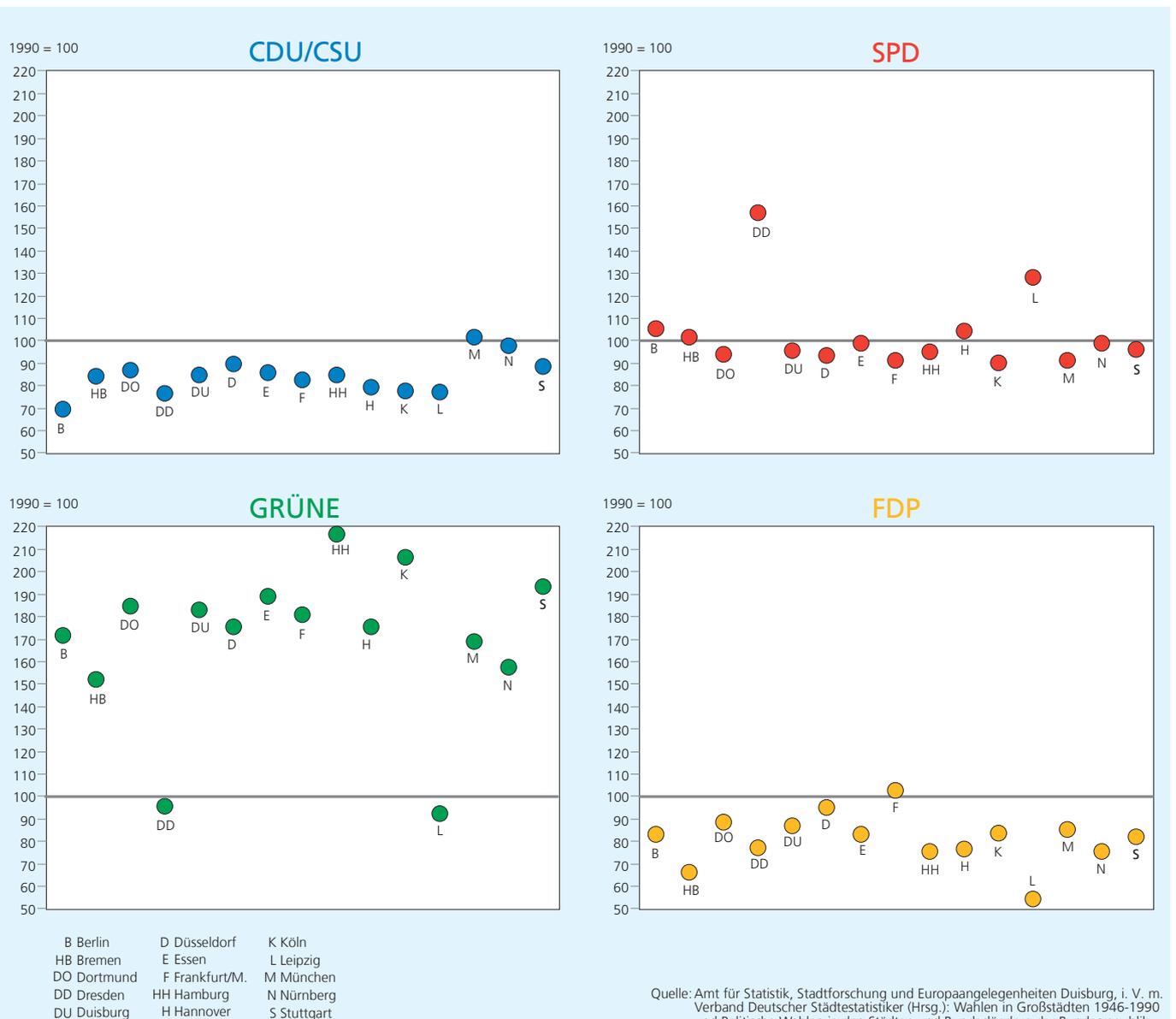
Besondere GRÜNEN-Hochburgen in Stuttgart, Köln, München und Frankfurt/M.

Seit der letzten Bundestagswahl 2009 sind die GRÜNEN, außer in Duisburg (8,5 %), in allen großen deutschen Städten zweistellig repräsentiert, mit Stuttgart (20,1 %) an der Spitze. Von Anfang an waren die GRÜNEN in Großstädten stärker vertreten und zeigten ein ausgesprochenes Großstadtprofil (vgl. Tabelle 5). Dies gipfelte bei der Bundestagswahl 2002 in einem um durchschnittlich 50 Prozent besseren Zweitstimmenergebnis in den 15 größten deutschen Städten als im Bundesdurchschnitt.

Der Großstadtvorsprung der GRÜNEN verringerte sich zuletzt bei der Bundestagswahl 2009 etwas. Bestehen bleibt allerdings ein Gefälle zwischen den Ergebnissen der GRÜNEN in den Ruhrgebietsstädten, wo sich die GRÜNEN freilich von einem niedrigen Ausgangsniveau aus stark verbesserten, und in den ostdeutschen Städten, in denen die GRÜNEN den Bundesdurchschnitt nicht erreichten, und den Ergebnissen in den GRÜNEN-Hochburgen in Stuttgart, Köln, München und Frankfurt/M.

Abbildung 6: Entwicklung der Parteien in den Großstädten bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

236



Quelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg, i. V. m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990 bis 2002

Bei den ersten Auftritten der GRÜNEN bei Bundestagswahlen bis zu Beginn der 90er-Jahre war es Bremen vorbehalten, die Großstadt (über 500 000 Einwohner) zu sein, die die höchsten GRÜNEN-Zweitstimmenanteile hatte. Danach schob sich Frankfurt/M. an die Spitze der Großstädte bis zur Bundestagswahl 2009, als Köln (Nr. 2) und Stuttgart (Nr. 1) Frankfurt/M. hinsichtlich der GRÜNEN-Anteile überholen konnte.

FDP wies im Grunde nur in der sozial-liberalen Ära eine breite Großstadtverankerung auf

FDP nur in der Zeit der sozial-liberalen Koalition mit Großstadtbonus

Die FDP hatte, abgesehen von den frühen Bundestagswahlen 1949, 1957 und 1961, hauptsächlich in der Phase von 1969 bis 1983 (im wesentlichen die Zeit der sozial-liberalen Koalition) einen Großstadtbonus. Seit 1983 ist davon kaum noch etwas übrig geblieben. Zuletzt 2009 schnitt die FDP im Durchschnitt der Großstädte sogar erstmals seit 1949 schlechter ab als im Bund insgesamt (vgl. Tabelle 6).

Stuttgart FDP-Hochburg

Allerdings: Auch bei der FDP – Parallelen sind hier zu den GRÜNEN vorhanden – ist das Großstadtbild ein sehr uneinheitliches. In einzelnen Städten wie Frankfurt/M. und insbesondere Stuttgart hat die FDP traditionsreiche Hochburgen mit, gemessen am Bundesergebnis, überdurchschnittlichen Wähleranteilen seit der ersten Bundestagswahl 1949. Bis Ende der 90er-Jahre gehörten dazu auch Hamburg und Hannover. Seit den 60er-Jahren schneiden die Liberalen regelmäßig auch in den Metropolen Düsseldorf, Köln und München überdurchschnittlich gut ab.

Abstand des FDP-Ergebnisses von Stuttgart zu Düsseldorf, Frankfurt/M. und München hat sich seit Mitte der 90er-Jahre stark verringert

Ein weiterer Aspekt aus der Stuttgart-Perspektive: Seit Mitte der 90er-Jahre hebt sich das Zweitstimmenergebnis der Stuttgarter FDP kaum noch von dem in Düsseldorf, Frankfurt/M. und München ab.

Zusammenfassung

Starker Auffächerungstrend im deutschen Parteiensystem seit drei Jahrzehnten; Stuttgart gehört zu den Großstädten mit höchster Parteienpluralität

Das Parteiensystem in den 15 größten deutschen Städten, die rund 16 Prozent der Wahlberechtigten im Bund bei Bundestagswahlen repräsentieren, unterliegt seit rund drei Jahrzehnten dem stetigen Trend einer zunehmenden Auffächerung der Wähleranteile auf eine deutlich gewachsene Anzahl kandidierender Parteien. Das unterscheidet die Großstädte im Durchschnitt nicht vom generellen Trend in der Republik. Der bei der letzten Bundestagswahl 2009 gemessene Grad an Zersplitterung reicht schon fast an das Niveau in der Weimarer Zeit heran⁶. Innerhalb der Großstädte variiert der Zersplitterungsgrad zwischen den Ruhrgebietsstädten mit niedrigem Fraktionalisierungswert und den ostdeutschen Städten, Berlin sowie Stuttgart und Frankfurt/M. mit einer höheren Parteienpluralität. Korrespondierend dazu sind die Unterschiede zwischen den Großstädten in der Bindungskraft der beiden großen Parteien ausgerichtet.

In der Zusammensetzung und Stärke der einzelnen Parteien unterscheiden sich die größten deutschen Städte zum Teil beträchtlich. Unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen, kulturelle und politische Tradition haben seit jeher bei Bundestagswahlen zu mehr oder weniger großen regionalen Variationen und Entwicklungen der Parteiensysteme geführt.

CDU tat sich in Großstädten schon immer schwer

Die Unionsparteien waren noch in den 50er-Jahren in den meisten bundesdeutschen Großstädten jeweils führende Partei, wurden dann aber in den 60er-Jahren für zwei Jahrzehnte fast vollständig von der SPD als führende Partei verdrängt. Erst bei jüngeren Bundestagswahlen konnte die Union wieder peu à peu an die frühere Dominanz knüpfen, aber weniger aufgrund eigener Stärke als aufgrund der Schwäche der SPD. Grundsätzlich bleibt die CDU aber eine Partei, die sich in Großstädten schwerer tut.

SPD verliert zunehmend ihren traditionellen Großstadtbonus

Die SPD vermochte bei allen Bundestagswahlen in den Großstädten überdurchschnittlich abzuschneiden; unübersehbar ist aber seit zwei Dekaden, wie dieser Großstadtbonus aufgezehrt wird durch die zunehmende Konkurrenz der GRÜNEN und der LINKEN. Im besonderen Maße ist dies in Stuttgart sowie in Berlin, Dresden, Frankfurt/M., Köln, Düsseldorf und München zu beobachten.

GRÜNE von Anfang an eine Partei mit starker Großstadtprägung

Die GRÜNEN waren von Anfang an, allerdings mit Ausnahme der ostdeutschen Städte und der Ruhrgebietsstädte, eine Partei mit einer starken Großstadtprägung. Nachdem in den ersten beiden Dekaden seit der Gründung der Partei die GRÜNEN in Bremen im Großstadtvergleich am stärksten waren, ging diese Spitzenstellung in der Folge auf Frankfurt/M. und bei der Bundestagswahl 2009 erstmals auf Stuttgart über.

FDP schneidet in Großstädten sehr unterschiedlich ab

Den Status einer Partei mit starkem Großstadttakzent erreichte die FDP nur während der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Allerdings haben auch die Liberalen in einigen deutschen Großstädten traditionsreiche Hochburgen, so in Stuttgart und Frankfurt/M. Gute Ergebnisse erzielten die Liberalen aber auch durchweg in den letzten Jahrzehnten in Düsseldorf, Köln und München.

In prosperierenden westdeutschen Großstädten ist Zersplitterung des Parteiensystems am größten, die Bindungskraft von Union und SPD am geringsten, sind GRÜNE und FDP am stärksten

So sind es häufig die prosperierenden großen westdeutschen Städte in Deutschland, die ein zersplittertes, durch eine geringere Dominanz der beiden großen Parteien geprägtes Parteiensystem haben, das obendrein charakterisiert ist durch eine starke Repräsentanz der GRÜNEN und der FDP. Gemeinsam ist diesen Städten (Düsseldorf, Frankfurt/M., München, Nürnberg, Stuttgart) auch, dass die Parteien der linken Hälfte des Parteienspektrums (SPD, GRÜNE, LINKE) hier zusammen nicht die absolute Stimmenmehrheit bei den Bundestagswahlen seit 1990 besessen haben, wie dies in den anderen Großstädten (außer Dresden) der Fall war (vgl. Tabelle 8). Auch Berlin und die ostdeutschen Städte sind durch eine höhere Pluralität des Parteiensystems geprägt, aber hier ausgelöst vorwiegend durch eine starke Linkspartei. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Ruhrgebietsstädte, die nach wie vor ein homogeneres, stark SPD-geprägtes Parteiengefüge besitzen.

Eine Spitzenstellung im „Konzert“ der 15 größten deutschen Städte nimmt bei Bundestagswahlen sowohl hinsichtlich des Grades der Zersplitterung seines örtlichen Parteiensystems als auch der Stärke der GRÜNEN und der FDP Stuttgart ein.

Autor:
Thomas Schwarz
Telefon: (0711) 216-98591
E-Mail: thomas.schwarz@stuttgart.de

-
- 1 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Veränderungen im Parteiensystem, 2009 (www.bpb.de/themen/CX5CEX.html).
 - 2 Die LINKE entstand 2007 durch Verschmelzung der WASG und der PDS.
 - 3 Duisburg rutschte 2006 unter die 500 000-Einwohner-Grenze.
 - 4 Im Durchschnitt der Bundestagswahlen 1990 bis 2009; vgl. Tabelle 1.
 - 5 Außer 1994: letzter Platz unter den 15 größten deutschen Städten.
 - 6 Das Wahlrecht der Weimarer Republik sah allerdings eine leichter überwindbare Sperrklausel vor, die dazu führte, dass zwischen einem Drittel und 40 Prozent der angetretenen Parteien auch ein Mandat erhielten. Durch die Fünf-Prozent-Klausel im heutigen Bundeswahlrecht schaffen dies bei Bundestagswahlen im Schnitt (1990 – 2009) nur etwa 21 Prozent der angetretenen Parteien.

Literaturverzeichnis:

Gabriel, O. W.: Democracy in big cities: The German case. Stuttgart 1997 (unveröff. Vortragsmanuskript).

Jesse, E.: Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 338, 1997, S. 59 – 83.

Mielke, G.: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Berlin 1987, S. 148 – 154.

Niedermayer, O.: Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 338, 1997, S. 106 – 130.

Rae, D. W.: The Political Consequences of Electoral Laws. New Haven 1967.

Tabelle 1: Fraktionalisierung¹ des Parteiensystems in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl																Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009	
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005			2009
Berlin												0,72	0,74	0,76	0,76	0,78	0,82	0,76	0,76
Bremen	0,72	0,70	0,66	0,65	0,64	0,62	0,57	0,59	0,63	0,64	0,68	0,70	0,69	0,67	0,68	0,73	0,80	0,67	0,71
Dortmund	0,69	0,63	0,59	0,61	0,56	0,55	0,52	0,54	0,55	0,58	0,59	0,62	0,62	0,61	0,64	0,67	0,78	0,61	0,66
Dresden												0,71	0,70	0,76	0,76	0,79	0,78	0,75	0,75
Duisburg	0,70	0,64	0,59	0,61	0,57	0,55	0,50	0,52	0,54	0,55	0,56	0,60	0,59	0,58	0,62	0,66	0,76	0,60	0,63
Düsseldorf	0,70	0,63	0,59	0,65	0,61	0,61	0,60	0,59	0,62	0,63	0,67	0,68	0,63	0,69	0,70	0,73	0,78	0,65	0,70
Essen	0,70	0,65	0,58	0,61	0,57	0,56	0,54	0,55	0,58	0,59	0,61	0,64	0,64	0,62	0,66	0,69	0,77	0,62	0,67
Frankfurt/M.	0,72	0,69	0,65	0,66	0,64	0,62	0,61	0,60	0,62	0,64	0,69	0,70	0,72	0,73	0,73	0,77	0,80	0,68	0,74
Hamburg	0,72	0,69	0,64	0,65	0,62	0,58	0,58	0,58	0,62	0,62	0,67	0,68	0,70	0,68	0,71	0,73	0,79	0,66	0,71
Hannover	0,66	0,67	0,66	0,64	0,62	0,58	0,58	0,58	0,60	0,63	0,66	0,67	0,69	0,66	0,65	0,70	0,79	0,65	0,69
Köln	0,67	0,61	0,56	0,62	0,60	0,59	0,58	0,59	0,62	0,62	0,67	0,68	0,70	0,69	0,71	0,74	0,80	0,65	0,72
Leipzig												0,76	0,72	0,75	0,74	0,77	0,79	0,75	0,75
München	0,68	0,69	0,63	0,64	0,63	0,62	0,59	0,60	0,63	0,64	0,70	0,72	0,70	0,70	0,68	0,74	0,79	0,67	0,72
Nürnberg	0,71	0,69	0,62	0,66	0,66	0,62	0,58	0,58	0,61	0,62	0,66	0,70	0,67	0,65	0,65	0,72	0,80	0,66	0,70
Stuttgart	0,74	0,72	0,68	0,69	0,67	0,62	0,63	0,61	0,65	0,66	0,72	0,72	0,74	0,73	0,72	0,75	0,80	0,70	0,74
Ø Großstädte	0,70	0,67	0,62	0,64	0,61	0,59	0,57	0,58	0,60	0,62	0,66	0,69	0,68	0,69	0,69	0,73	0,79	0,65	0,71
Ø Bundesgebiet	0,73	0,68	0,63	0,64	0,61	0,60	0,58	0,58	0,61	0,61	0,65	0,68	0,68	0,70	0,69	0,74	0,79	0,66	0,71

¹ Fraktionalisierungsindex F nach Rae; eigene Berechnungen.

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 2: Bindungskraft¹ der großen Parteien CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	50,7	64,7	77,5	76,6	81,4	83,7	87,3	85,9	80,4	82,2
Dortmund	72,6	83,9	90,1	86,2	91,6	91,4	92,3	92,3	89,0	89,2
Dresden										
Duisburg	68,5	83,5	89,8	87,0	91,0	91,7	93,0	92,9	89,5	91,5
Düsseldorf	69,6	81,5	86,4	80,4	87,2	87,7	86,1	89,4	84,9	85,5
Essen	62,8	81,5	91,0	87,5	91,2	91,7	92,0	91,9	87,8	89,3
Frankfurt/M.	61,6	73,7	82,0	78,1	82,0	84,7	85,7	87,8	84,9	82,7
Hamburg	59,4	74,8	83,3	78,8	85,9	88,7	87,7	88,5	82,9	85,0
Hannover	64,5	74,4	78,8	80,4	85,2	89,5	88,4	89,6	85,5	84,7
Köln	76,8	84,7	89,5	83,3	88,9	89,1	88,1	88,9	84,6	85,5
Leipzig										
München	44,9	70,6	84,8	82,4	84,5	85,9	88,6	87,7	84,3	83,1
Nürnberg	53,4	73,2	85,5	79,2	81,1	85,6	89,5	90,8	87,4	86,2
Stuttgart	50,0	66,9	73,1	71,6	76,9	85,1	83,7	86,1	80,4	79,6
Ø Großstädte	61,2	76,1	84,3	81,0	85,6	87,9	88,5	89,3	85,1	85,4
Bundesgebiet	60,2	74,0	82,0	81,5	86,9	88,8	90,7	91,2	87,4	87,0
Bundesgebiet = 100	102	103	103	99	98	99	98	98	97	98

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		70,0	65,4	61,5	62,5	56,3	43,0		59,8
Bremen	74,8	72,6	74,4	74,5	72,0	64,7	53,5	73,9	68,6
Dortmund	85,6	83,1	82,5	80,9	78,1	74,4	58,7	83,6	76,3
Dresden		60,5	63,3	58,0	62,7	52,6	48,9		57,7
Duisburg	88,0	85,2	84,7	82,6	80,0	75,3	63,4	84,6	78,5
Düsseldorf	79,2	78,0	76,0	76,4	73,1	69,9	56,3	79,3	71,6
Essen	85,0	81,6	81,7	80,9	77,3	74,3	62,2	82,9	76,3
Frankfurt/M.	75,3	74,9	70,0	68,3	67,5	59,7	49,7	74,6	65,0
Hamburg	78,6	77,6	74,6	75,7	70,1	67,6	55,3	77,3	70,2
Hannover	79,3	78,5	75,5	78,0	77,5	71,5	55,9	78,7	72,8
Köln	77,7	76,7	74,2	73,9	70,7	65,3	52,5	79,4	68,9
Leipzig		60,7	66,2	60,7	64,1	56,8	46,1		59,1
München	73,0	71,0	74,5	75,1	74,3	66,5	51,4	75,4	68,8
Nürnberg	79,6	75,6	80,0	81,9	82,5	72,3	55,4	78,8	74,6
Stuttgart	69,4	70,3	67,3	68,8	70,8	64,7	48,3	71,4	65,0
Ø Großstädte	78,8	74,4	74,0	73,1	72,2	66,1	53,4	77,4	68,9
Bundesgebiet	81,3	77,3	77,9	76,0	77,0	69,5	56,8	79,1	72,4
Bundesgebiet = 100	97	96	95	96	94	95	94		

¹ In % der Zweitstimmen.

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 3: Zweitstimmenanteile der CDU/CSU bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	17,4	25,6	31,1	26,8	33,4	31,8	29,5	32,6	29,1	34,6
Dortmund	29,7	38,3	41,8	35,8	35,7	32,7	30,4	33,0	30,1	34,1
Dresden										
Duisburg	30,4	44,3	50,1	39,9	37,6	34,9	29,1	31,2	28,5	33,5
Düsseldorf	39,8	51,7	54,8	45,4	44,8	40,5	39,2	44,1	39,4	42,8
Essen	28,4	42,6	48,0	42,5	39,7	36,4	33,0	36,2	32,6	37,2
Frankfurt/M.	22,1	38,4	41,6	34,1	35,7	35,2	37,8	43,1	39,4	42,2
Hamburg	19,8	36,7	37,5	31,9	37,6	34,1	33,3	35,9	31,2	37,6
Hannover	15,5	30,4	34,9	32,9	36,1	35,6	34,7	38,7	34,0	38,9
Köln	43,5	52,2	57,8	48,8	46,2	37,2	35,2	40,3	36,7	40,1
Leipzig										
München	17,5	37,6	45,6	40,9	39,8	37,2	40,6	47,2	43,4	44,3
Nürnberg	15,2	33,0	44,2	39,2	37,4	36,9	37,5	43,2	41,8	45,5
Stuttgart	18,8	36,4	40,8	31,5	36,3	38,2	39,0	42,9	38,8	42,1
Ø Großstädte	24,8	38,9	44,0	37,5	38,4	35,9	34,9	39,0	35,4	39,4
Bundesgebiet	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8
Bundesgebiet = 100	80	86	88	83	81	78	78	80	80	81

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		39,4	31,4	23,7	25,9	22,0	22,8		27,5
Bremen	28,9	30,8	29,9	25,2	24,3	22,6	23,7	28,1	26,1
Dortmund	30,4	30,1	28,6	24,2	25,0	24,9	24,4	31,1	26,2
Dresden		46,8	45,4	33,4	30,8	26,1	34,0		36,1
Duisburg	28,7	29,7	27,2	22,6	24,0	23,0	25,1	31,8	25,3
Düsseldorf	38,7	38,6	36,1	33,0	34,0	33,9	32,1	40,5	34,6
Essen	33,0	33,8	31,1	26,7	28,0	27,6	27,2	34,4	29,1
Frankfurt/M.	40,9	40,9	39,9	32,8	33,1	29,3	27,8	36,1	34,0
Hamburg	37,4	36,6	34,9	30,0	28,1	28,9	27,9	32,9	31,1
Hannover	35,9	37,5	35,4	28,2	27,1	25,7	25,4	32,2	29,9
Köln	34,7	33,5	32,3	29,4	29,0	27,2	26,8	38,3	29,7
Leipzig		37,1	35,2	23,9	23,9	24,5	28,0		28,8
München	42,1	38,2	41,8	38,9	44,6	37,5	32,1	39,4	38,9
Nürnberg	43,0	39,8	41,5	38,6	44,9	37,7	31,8	38,3	39,1
Stuttgart	37,5	38,0	36,4	32,2	35,1	32,7	28,5	35,6	33,8
Ø Großstädte	35,9	36,7	35,1	29,5	30,5	28,2	27,8	34,8	31,3
Bundesgebiet	44,3	43,8	41,5	35,1	38,5	35,2	33,8	42,6	38,0
Bundesgebiet = 100	81	84	85	84	79	80	82		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 4: Zweitstimmenanteile der SPD bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	33,3	39,1	46,4	49,8	48,0	51,9	57,8	53,3	51,3	47,6
Dortmund	42,9	45,6	48,3	50,4	55,9	58,7	61,9	59,3	58,9	55,1
Dresden										
Duisburg	38,1	39,2	39,7	47,1	53,4	56,8	63,9	61,7	61,0	58,0
Düsseldorf	29,8	29,8	31,6	35,0	42,4	47,2	48,9	45,3	45,5	42,7
Essen	34,4	38,9	43,0	45,0	51,5	55,3	59,0	55,7	55,2	52,1
Frankfurt/M.	39,5	35,3	40,4	44,0	46,3	49,5	47,9	44,7	45,5	40,5
Hamburg	39,6	38,1	45,8	46,9	48,3	54,6	54,4	52,6	51,7	47,4
Hannover	49,1	44,0	43,9	47,5	49,1	53,9	53,7	50,9	51,5	45,8
Köln	33,3	32,5	31,7	34,5	42,7	51,9	52,9	48,6	47,9	45,4
Leipzig										
München	27,4	33,0	39,2	41,5	44,7	48,7	48,0	40,5	40,9	38,8
Nürnberg	38,2	40,2	41,3	40,0	43,7	48,7	52,0	47,6	45,6	40,7
Stuttgart	31,2	30,5	32,3	40,1	40,6	46,9	44,7	43,2	41,6	37,5
Ø Großstädte	36,4	37,2	40,3	43,5	47,2	52,0	53,8	50,3	49,7	46,0
Bundesgebiet	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2
Bundesgebiet = 100	125	129	127	120	120	122	117	118	116	120

242

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		30,6	34,0	37,8	36,6	34,3	20,2		32,3
Bremen	45,9	41,8	44,5	49,3	47,7	42,1	29,8	45,9	42,5
Dortmund	55,2	53,0	53,9	56,7	53,1	49,5	34,3	52,5	50,1
Dresden		13,7	17,9	24,6	31,9	26,5	14,9		21,6
Duisburg	59,3	55,5	57,5	60,0	56,0	52,3	38,3	52,8	53,3
Düsseldorf	40,5	39,4	39,9	43,4	39,1	36,0	24,2	38,9	37,0
Essen	52,0	47,8	50,6	54,2	49,3	46,7	35,0	48,6	47,3
Frankfurt/M.	34,4	34,0	30,1	35,5	34,4	30,4	21,9	38,5	31,1
Hamburg	41,2	41,0	39,7	45,7	42,0	38,7	27,4	44,4	39,1
Hannover	43,4	41,0	40,1	49,8	50,4	45,8	30,5	46,5	42,9
Köln	43,0	43,2	41,9	44,5	41,7	38,1	25,7	41,1	39,2
Leipzig		23,6	31,0	36,8	40,2	32,3	18,1		30,3
München	30,9	32,8	32,7	36,2	29,7	29,0	19,3	36,1	30,0
Nürnberg	36,6	35,8	38,5	43,3	37,6	34,6	23,6	40,5	35,6
Stuttgart	31,9	32,3	30,9	36,6	35,7	32,0	19,8	35,8	31,2
Ø Großstädte	42,9	37,7	38,9	43,6	41,7	37,9	25,5	42,6	37,6
Bundesgebiet	37,0	33,5	36,4	40,9	38,5	34,3	23,0	36,5	34,4
Bundesgebiet = 100	116	113	107	107	108	110	111		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 5: Zweitstimmenanteile der GRÜNEN bei Bundestagswahlen 1980 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									Durchschnitt 1980 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin				7,2	10,2	11,3	14,6	13,7	17,4		12,4
Bremen	2,8	10,1	14,8	8,8	11,9	12,3	16,0	15,2	16,2	12,0	13,4
Dortmund	1,4	5,9	8,0	4,7	7,8	7,7	10,3	9,3	12,4	7,5	8,7
Dresden				9,4	7,7	7,7	8,8	8,6	12,0		9,0
Duisburg	1,0	4,5	6,5	3,6	6,1	6,1	8,0	7,3	8,5	5,7	6,6
Düsseldorf	1,5	6,1	9,7	5,5	9,7	8,5	12,1	9,6	12,6	8,4	9,7
Essen	1,0	5,1	7,4	4,2	7,3	7,4	10,2	8,3	10,3	6,8	8,0
Frankfurt/M.	2,4	8,9	13,9	8,2	14,5	14,2	18,5	16,6	17,2	12,7	14,9
Hamburg	2,3	8,2	11,0	5,8	12,6	10,8	16,2	14,9	15,6	10,8	12,7
Hannover	1,8	7,6	10,7	6,6	11,3	10,6	12,5	12,5	16,2	10,0	11,6
Köln	1,6	7,1	11,2	6,5	12,2	12,5	16,5	14,9	18,0	11,2	13,4
Leipzig				9,1	6,7	6,6	7,8	8,3	12,0		8,4
München	1,6	7,5	13,5	7,6	10,1	11,2	16,1	14,6	17,5	11,1	12,9
Nürnberg	1,7	6,5	10,3	5,5	7,3	7,0	9,2	10,1	13,0	7,8	8,7
Stuttgart	1,9	8,0	12,6	7,3	13,1	13,1	16,2	15,0	20,1	11,9	14,1
Ø Großstädte	1,8	7,1	10,8	6,7	9,9	9,8	12,9	11,9	14,6	9,5	11,0
Bundesgebiet	1,5	5,6	8,3	5,0	7,3	6,7	8,6	8,1	10,7	6,9	7,7
Bundesgebiet = 100	117	127	130	133	136	146	150	147	136		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 6: Zweitstimmenanteile der FDP bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	15,0	8,4	6,2	16,0	12,4	9,8	11,5	12,3	15,8	6,8
Dortmund	10,1	7,6	5,7	10,3	5,6	4,5	6,9	6,7	9,0	4,3
Dresden										
Duisburg	8,3	6,1	5,8	9,4	5,9	4,4	6,2	6,3	9,0	3,6
Düsseldorf	10,0	8,7	7,7	15,5	9,0	7,2	10,9	9,6	13,0	7,9
Essen	6,8	5,5	5,4	9,2	6,2	4,7	7,3	7,3	10,7	5,1
Frankfurt/M.	24,2	14,7	10,1	16,4	12,2	8,8	13,1	10,5	12,0	7,7
Hamburg	15,8	10,3	9,4	15,7	9,4	6,3	11,2	10,2	14,1	6,3
Hannover	10,3	6,2	8,5	14,6	10,6	6,0	10,9	9,6	12,3	7,2
Köln	11,7	8,5	6,6	13,5	8,0	6,9	11,2	10,1	13,2	6,9
Leipzig										
München	10,1	6,6	5,7	11,2	10,1	6,6	10,5	11,1	13,3	8,6
Nürnberg	14,0	10,5	8,1	14,7	9,6	5,6	9,0	7,9	10,0	6,1
Stuttgart	25,5	20,4	21,3	22,5	17,5	9,9	15,3	12,8	17,2	11,8
Ø Großstädte	13,5	9,5	8,4	14,1	9,7	6,7	10,3	9,5	12,5	6,9
Bundesgebiet	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0
Bundesgebiet = 100	113	100	109	110	102	116	123	121	118	98

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		9,1	5,2	4,9	6,6	8,2	11,5		7,6
Bremen	9,1	13,2	7,5	6,1	6,8	8,2	10,7	10,3	8,8
Dortmund	5,5	8,6	5,4	5,2	7,4	7,4	11,7	7,2	7,6
Dresden		11,8	4,0	3,8	7,4	13,9	13,8		9,1
Duisburg	4,6	7,3	4,5	4,3	6,7	6,2	9,3	6,3	6,4
Düsseldorf	10,2	12,7	9,6	9,2	10,8	12,5	17,9	10,7	12,1
Essen	6,8	10,3	6,9	5,9	8,2	7,8	12,3	7,4	8,6
Frankfurt/M.	9,1	11,0	8,8	8,8	8,4	13,4	17,5	12,2	11,3
Hamburg	9,6	12,0	7,2	6,5	6,8	9,0	13,2	10,2	9,1
Hannover	9,3	11,5	8,2	6,6	6,2	8,4	12,2	9,3	8,9
Köln	10,1	13,1	8,9	7,9	8,9	11,5	15,6	10,2	11,0
Leipzig		14,9	3,7	3,3	6,8	7,9	12,3		8,2
München	11,6	12,7	9,1	7,2	6,2	12,3	17,6	10,0	10,9
Nürnberg	8,1	10,2	6,3	4,4	4,5	8,2	12,8	8,8	7,7
Stuttgart	16,0	15,9	12,5	10,6	8,5	12,8	18,4	15,8	13,1
Ø Großstädte	9,2	11,6	7,2	6,3	7,3	9,8	13,8	9,8	9,4
Bundesgebiet	9,1	11,0	6,9	6,2	7,4	9,8	14,6	9,2	9,3
Bundesgebiet = 100	101	106	104	102	99	100	94		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 7: Kumulierte Zweitstimmenanteile der SPD, GRÜNE und LINKE bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

Stadt							Durchschnitt 1990 - 2009
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Berlin	37,8	44,2	62,5	62,6	64,4	57,8	54,9
Bremen	50,6	56,4	64,2	66,1	65,9	60,2	60,6
Dortmund	57,7	61,7	66,0	65,1	65,2	57,9	62,3
Dresden	23,1	25,6	54,4	57,7	54,8	48,0	43,9
Duisburg	59,1	63,6	67,8	65,8	67,2	59,3	63,8
Düsseldorf	44,9	49,6	53,6	52,8	50,9	45,4	49,5
Essen	52,0	57,9	63,2	61,0	61,4	55,0	58,4
Frankfurt/M.	42,2	44,6	52,2	55,4	53,7	49,6	49,6
Hamburg	46,8	52,3	56,5	58,2	59,9	54,2	54,7
Hannover	47,6	51,4	61,9	64,6	63,4	56,7	57,6
Köln	49,7	54,1	58,6	60,1	58,8	52,7	55,7
Leipzig	32,7	37,7	65,9	65,7	63,1	55,6	53,5
München	40,4	42,8	48,7	45,8	47,5	43,5	44,8
Nürnberg	41,3	45,8	51,5	48,0	49,8	46,1	47,1
Stuttgart	39,6	44,0	50,9	53,3	51,4	47,7	47,8
Ø Großstädte	44,4	48,8	58,5	58,8	58,5	52,6	48,3
Bundesgebiet	40,9	48,1	52,7	51,1	51,1	45,6	47,0
Bundesgebiet = 100	108	101	111	115	114	115	

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

245

Tabelle 8: Kumulierte Zweitstimmenanteile der CDU/CSU und der FDP bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

Stadt							Durchschnitt 1990 - 2009
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Berlin	48,5	36,6	28,6	32,5	30,2	34,3	35,1
Bremen	44,0	37,4	31,3	31,1	30,8	34,4	34,8
Dortmund	38,7	34,0	29,4	32,4	32,3	36,1	33,8
Dresden	58,6	49,4	37,2	38,2	40,0	47,8	45,2
Duisburg	37,0	31,7	26,9	30,7	29,2	34,4	31,7
Düsseldorf	51,3	45,7	42,2	44,8	46,4	50,0	46,7
Essen	44,1	38,0	32,6	36,2	35,4	39,5	37,6
Frankfurt/M.	51,9	48,7	41,6	41,5	42,7	45,3	45,3
Hamburg	48,6	42,1	36,5	34,9	37,9	41,1	40,2
Hannover	49,0	43,6	34,8	33,3	34,1	37,6	38,7
Köln	46,6	41,2	37,3	37,9	38,7	42,4	40,7
Leipzig	52,0	38,9	27,2	30,7	32,4	40,3	36,9
München	50,9	50,9	46,1	50,8	49,8	49,7	49,7
Nürnberg	50,0	47,8	43,0	49,4	45,9	44,6	46,8
Stuttgart	53,9	48,9	42,8	43,6	45,5	46,9	46,9
Ø Großstädte	48,3	42,3	35,8	37,9	38,1	41,6	40,7
Bundesgebiet	54,8	48,4	41,3	45,9	45,0	48,4	47,3
Bundesgebiet = 100	88	87	87	82	85	86	

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS